

**XXVI. Afghanistan-Tagung**  
**Evangelische Akademie Villigst**  
**Villigster Plädoyer - 16. Dezember 2012**  
**Verantwortung für Afghanistan**

Bei der 26. Afghanistan Tagung der Evangelischen Akademie Villigst vom 14.-16.12.2012 mit dem Thema: *Afghanistan nach 2014: Rückzug aus der Verantwortung?* haben die ca. 100 deutschen und afghanischen Teilnehmer die deutsche Mitverantwortung für die gegenwärtige und künftige soziopolitische Entwicklung der Islamischen Republik Afghanistan bedacht.

In ihren Überlegungen ließen sich die Beteiligten davon leiten, dass die Verantwortung für das Land am Hindukusch zwar nicht daraus resultiert, dass dort die deutsche Sicherheit verteidigt worden ist; wohl aber aus der deutschen Mitwirkung an der militärischen Intervention und ihren positiven und negativen Auswirkungen auf die Sozialstruktur des Landes, ferner aus dem besonderen Ansehen Deutschlands in Afghanistan im Verlauf der ca. hundert Jahre alten freundschaftlichen Beziehung beider Länder, weiterhin aus Deutschlands Vorsitz in der Internationalen Kontaktgruppe für Afghanistan und Pakistan; darüber hinaus auch aus der Tatsache, dass der tapfere Widerstand des afghanischen Volkes gegen den Einfall der sowjetischen Truppen im „Kalten Krieg“ ganz wesentlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion und damit auch zur deutschen Wiedervereinigung beigetragen hat; und schließlich auch aus dem Gebot in internationaler Solidarität, Frieden und selbstbestimmte Entwicklung in der UN-Völkerfamilie zu fördern.

Ähnlich wie die Pax-Christi-Bewegung mit ihrem Aufruf vom 10. Dezember 2012: *Wann beginnt endlich eine ernsthafte Debatte?* legen die Tagungsteilnehmer ihr ohne Gegenstimmen verabschiedetes Plädoyer den Entscheidungsträgern der Mandatsverlängerung im Deutschen Bundestag und in den zuständigen Ministerien sowie den für die Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit zuständigen öffentlichen und privaten Institutionen die folgenden Empfehlungen als Entscheidungshilfe vor.

Das Plädoyer will einen Beitrag leisten, dem drohenden Umschlag Afghanistans in Bürgerkriegsgewalt entgegenzuwirken; den Eckpunkten Frieden, Versöhnung, Sicherheit, Entwicklung und Gerechtigkeit in Afghanistan zu dienen; die erzielten Teilfortschritte fortentwickeln zu helfen und zur Zielklarheit für den sogenannten Transitionsverlauf.

Dabei wird für die Entscheidungsträger die Kenntnis der wesentlichen Inhalte des Fortschrittsberichtes Afghanistan vom November 2012 und der Drucksache 17/11685 vom 28.11.2012 als Antrag der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag vorausgesetzt. Das hier angefügte Grußwort zur Tagung von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammer unterstreicht die Mitverantwortung deutscher Politik und des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Zukunft Afghanistans.

Aus der Auseinandersetzung mit dem Vorangestellten und der Sachkenntnis der Tagungsteilnehmer, sind die folgenden 10 Punkte des Villigster Plädoyers 2012 entwickelt worden.

## Empfehlungen

1. Die jetzige und zukünftig abschätzbare Sicherheitslage Afghanistans als einem labil-stabilen (aber besseren) Patt zwischen ISAF und den Afghan National Security Forces (ANSF) einerseits sowie den regierungsfeindlichen Kräften andererseits legt die sofortige Eröffnung eines politischen Prozesses zur Lösung des Afghanistan-Konfliktes dringend nahe.
2. Deshalb müssen jetzt in der Transitionszeit bis zum Ende 2014 aus der bestehenden Position einer relativen Stärke von ISAF und ANSF heraus die Versöhnungsgespräche mit den regierungsfeindlichen Kräften mit Vorrang seitens der afghanischen Regierung betrieben und von der NATO-geführten ISAF durch vertrauensbildende Maßnahmen gefördert werden.
3. Diese begleitenden, vertrauensbildenden Maßnahmen können in einem zeitweiligen regionalen oder allgemeinen Waffenstillstand und/oder dem Aussetzen des ethisch verwerflichen und völkerrechtswidrigen Drohneneinsatzes bestehen.
4. Wegen der im Vergleich mit den USA immer noch bestehenden besonderen Akzeptanz Deutschlands als erprobter Freund Afghanistans kann die Bundesrepublik und/oder das deutsche Kontingent in der ISAF beim Aussöhnungsprozess vermittelnde Unterstützung leisten.
5. Während der Transitionszeit sollte mit Nachdruck die Entwaffnung der amerikanisch aufgestellten oder geförderten Milizen und irregulärer regierungsfeindlicher Kräfte vorangetrieben werden, um das Gewaltmonopol der afghanischen Regierung und der ANSF auszuweiten und abzusichern.
6. Das Programm „public work“ sollte nicht nur bezüglich der Aufnahme früherer Kämpfer, sondern wegen der hohen Arbeits- und Perspektivlosigkeit der mittleren Generation in Afghanistan mit gesteigerten Mitteln von der Bundesrepublik für die sonst der Radikalisierung anheim fallenden jungen Menschen ausgeweitet werden.
7. Im Bildungsbereich sollte die begonnene Förderung der gewerblichen Ausbildung nunmehr besonderen und dauerhaften Vorrang in der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit finden.
8. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollte bei allen bilateralen Entscheidungen das Prinzip „Afghan Ownership“ vorrangig beachtet werden, um der afghanischen Identität Geltung zu verschaffen und dabei auch den afghanischen Prinzipien und Verfahren der Konfliktlösung Unterstützung und Raum zu geben.
9. Zur Stärkung des Parlamentarismus in Afghanistan sollten mit der afghanischen Regierung Vereinbarungen getroffen werden, die das afghanische Parlament stärken, z.B. wäre an einen dortigen entwicklungspolitischen Ausschuss des Parlaments zu denken, der in die jeweiligen Anträge, die Projektberichterstattung und die Evaluierung einbezogen werden könnte.
10. Bei künftigen bilateralen deutsch-afghanischen Entwicklungs-Kooperationsabkommen sollte das Prinzip zur Geltung kommen, dass die Hälfte des finanziellen Projektvolumens (unter Aufrechterhaltung von gemeinsamen Monitoring) in Afghanistan und durch afghanische Institutionen abgewickelt wird, um damit die Eigenverantwortung des Landes für die soziopolitische Weiterentwicklung zu stärken.



Prof. Dr. Norbert Lammert  
Präsident des Deutschen Bundestages

**Grußwort zur 26. Afghanistan-Tagung**  
**„Afghanistan nach 2014 – Rückzug aus der Verantwortung?“**  
**14. - 16. Dezember 2012**

Anfang des kommenden Jahres entscheidet der Deutsche Bundestag über die weitere Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Es wird voraussichtlich das vorletzte Mandat im Rahmen der ISAF-Mission sein, deren Auslaufen auf das Jahresende 2014 terminiert ist. Damit wird zugleich die Frage immer drängender, welchen Beitrag Deutschland auch nach dem Abzug der Truppen der internationalen Gemeinschaft zur weiteren Stabilisierung und zum Auf- und Ausbau ziviler, rechtsstaatlicher Strukturen in Afghanistan leisten will – eines Landes, dessen Bevölkerung jahrzehntelang die wechselvolle Geschichte von Krieg, Besatzung, Terror und Bürgerkrieg zu erleiden hatte. Von dem Ziel eines stabilen, demokratischen afghanischen Staatswesens wird sich Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft sicher nicht verabschieden – um den Menschen in Afghanistan dauerhaft eine friedfertige Zukunft zu ermöglichen und um in Zeiten des internationalen Terrorismus auch unsere Sicherheit und Freiheit zu festigen. Statt eines Rückzugs aus der Verantwortung geht es also um einen sicherheitspolitisch verantwortlichen militärischen Abzug, der einer neuen zivilen Zusammenarbeit den Weg ebnet.

Wer heute nach Afghanistan reist, findet dort manche Besorgnisse bestätigt, aber er erfährt auch viel Ermutigung. Der anhaltenden Bedrohung durch die Taliban stehen Fortschritte sowohl hinsichtlich der politischen Kultur als auch der Sicherheitsarchitektur in den Regionen gegenüber, in denen die Afghanen die Verantwortung für ihr Land bereits schrittweise übernommen haben. Der Beratung, Ausbildung und Unterstützung von afghanischen Sicherheitskräften fühlt sich Deutschland auch nach 2014 verpflichtet. Darüber hinaus ist das Ziel, langfristig eine Kultur von Verständnis, Verständigung und Toleranz zu schaffen,



nicht alleine eine politische, sondern eine zivilgesellschaftliche Herausforderung. Solche Zukunftsaufgaben prägen auch das diesjährige Programm der Afghanistan-Tagung. Ich wünsche der inzwischen 26. Auflage dieser Konferenz einen guten Verlauf und allen Teilnehmern konstruktive und ertragreiche Diskussionen.

Manfred Grottel